



München, 24.11.2021

## Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November: SPD fordert mehr Anstrengungen für pandemiefeste Frauenhäuser

**Frauenpolitische Sprecherinnen Ruth Müller und Dr. Simone Strohmayr: Betroffene müssen Hilfsangebote uneingeschränkt wahrnehmen können - Unterstützung bei Ausbau von WLAN sowie Online-Beratungen und Möglichkeiten für kostenlose Corona-Tests**

Angesichts des diesjährigen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November fordern die frauenpolitischen Sprecherinnen der BayernSPD-Landtagsfraktion **Ruth Müller** und **Dr. Simone Strohmayr** eine bessere finanzielle Unterstützung für pandemiefeste Frauenhäuser. Durch die Schließung von Einrichtungen im Lockdown wurde das eigene Heim für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder zu einem gefährlichen Gefängnis. Durch Corona habe sich zudem die häusliche Situation vieler Frauen in Bayern massiv verschlechtert. Dies haben Müller und Strohmayr bei ihren vielen Gesprächen im Rahmen ihrer frauenpolitischen Sommerreise durch Bayern als Erfahrung aus den letzten Monaten immer wieder gehört.

„Daraus müssen wir im Winter 2021 lernen“, betont Ruth Müller und erklärt weiter: "Damit Betroffene die Angebote auch uneingeschränkt wahrnehmen können, muss der Freistaat dringend in pandemiefeste Frauenhäuser investieren. Das bedeutet, WLAN in allen Einrichtungen, personeller sowie finanzieller Ausbau der digitalen Beratungs- und Betreuungsangebote, Möglichkeiten für kostenlose Corona-Tests sowie eine Erweiterung der psychologischen Kinder-Betreuung."

"Mehrere hundert Frauen in Bayern werden jeden Tag Opfer von häuslicher Gewalt. Doch nur rund 30 Prozent der Frauen kennen überhaupt die Hilfesysteme wie Frauenhäuser, Notrufe oder Fachberatungsstellen", sagt Dr. Simone Strohmayr, ebenfalls frauenpolitische Sprecherin der Fraktion. Die Öffentlichkeitsarbeit für die Hilfsangebote müsse dementsprechend dringend verbessert werden. "Es geht darum, allen Betroffenen einen unproblematischen Zugang zu Hilfe und Unterstützung zu ermöglichen und auch Nachbarn, Freundinnen und Kollegen sowie

Kolleginnen zu sensibilisieren. Das fängt bei einer zielgerichteten und niedrigschwelligen, mehrsprachigen Kampagne an, die schnell und unkompliziert alle Infos zur Verfügung stellt“, so die Parlamentarische Geschäftsführerin.